

Ä1 Junggrüne Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

Antragsteller*in: Markus Scholz (Mittelsachsen KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 48 bis 72:

~~Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Wir verstehen darunter nicht nur die klassische schulische Bildung, sondern auch politische Bildung. Für beide Bereiche wollen wir mehr Geld in die Hand nehmen, wir brauchen eine Bildungsoffensive: bessere Bezahlung Lehrender, bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen, Digitalisierung der Bildungslandschaft, mehr Landesmittel für Wissenschaft und Lehre an den Hochschulen, uvm.~~

~~Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen Staatsregierung. Unsere Aufgabe muss es sein, durch bessere Bezahlung und ein modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu machen. Wir wollen Schulen aber auch für die Schüler*innen selbst attraktiv gestalten. Für uns heißt das den Erhalt von wohnortnahen Schulen, eine gute digitale Infrastruktur, außerschulische und moderne Gebäude. Die soziale Spaltung betrifft auch insbesondere Schüler*innen. Nicht alle Familien können es sich leisten, ihren Kindern Nachhilfe zu finanzieren. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche verschiedenster sozialer Herkunft länger gemeinsam lernen. Daher setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in Sachsen ein. Dort soll dann auch auf individuelle Förderbedarfe eingegangen werden.~~

~~Mobilität spielt bei jungen Menschen eine wichtige Rolle. Neben den Fahrten zur Schule kommen Fahrten zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder einfach zu Freund*innen hinzu. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien Landeschüler*innentickets. Außerdem fordern wir ebenfalls die Einrichtung von landesweiten Semester- bzw. Auszubildendentickets.~~

Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Die in der Schule vermittelte Bildung sollte immer auch die Bedürfnisse der Gesellschaft widerspiegeln. Unserer Ansicht nach ist dies heute kein klassischer Wissenskanon mehr, sondern eine sehr facettenreiche Ausbildung, die politische Bildung, Medien- und Umweltbildung, aber auch soziale Komponenten in den Fokus nimmt.

Für all diese Bereiche wollen wir Geld in die Hand nehmen - wir brauchen eine Bildungsoffensive, um in den Schulen wieder zeitgemäßes Lernen möglich zu machen!

Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen Staatsregierung, der nicht zuletzt zum Wegfall der meisten Förder- und Inklusionsstunden an sächsischen Schulen führt. Er ist auch der Grund dafür, dass dringend notwendige Debatten über Bildungsgerechtigkeit, Demokratisierung von Schulen, individuelle Förderung von Lernenden und moderne Schulausstattung nicht mehr geführt werden.

Unsere Aufgabe muss es sein, durch ein modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu machen. Daher setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in Sachsen ein, die eine gewinnbringende Ergänzung der sächsischen Bildungslandschaft darstellen, indem Kindern mit verschiedenen Voraussetzungen unterschiedliche Abschlüsse ermöglicht werden und so den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Gemeinschaftsschulen ermöglichen außerdem den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Trotz wohnortnaher Schulstandorte ist ein gutes und funktionierendes ÖPNV-Angebot auch in den ländlichen Regionen unabdingbar. Dazu zählt auch, dass keine weiteren Bahnstrecken mehr stillgelegt

werden. Weiterhin fordern wir, die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Trassen zu prüfen. Mobilität spielt gerade bei jungen Menschen nicht nur auf dem Weg zur Schule, sondern auch bei der Fahrt zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder einfach zu Freund*innen eine entscheidende Rolle. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien Landesschüler*innentickets.

Von Zeile 74 bis 79:

gewährleistet. So mussten in den letzten Jahren Stellen abgebaut und Fächer gestrichen werden. Wir ~~fordern daher, dass die Mittel pro Student*in angehoben werden und sprechen~~ setzen uns ~~gegen~~ für die ~~Streichung weiterer Fächer aus~~ Förderung eines breiten Angebots an allen sächsischen Hochschulstandorten ein. Wir wollen eine Bildungslandschaft mit vielen verschiedenen Angeboten, unter denen alle auswählen können. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des Numerus Clausus ein.

Studierende haben an den beiden größten Hochschulstandorten Dresden und Leipzig zunehmend Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher setzen wir uns für eine Wohnraumoffensive für Studierende ein, die das vorhandene Angebot vergrößert.

Begründung

Da die vorliegende Version an einigen Stellen unvollständig war, haben Henriette und ich eine Alternative erarbeitet. Um nicht im Text bis zur Unkenntlichkeit rumzustreichen und zu ergänzen, haben wir den gesamten Absatz neu formuliert, teilweise aber auch Sätze übernommen, wie sicher deutlich wird.

Zu den Änderungen:

Politische Bildung muss ein Teilaspekt schulischer Bildung sein. Schule muss in unseren Augen aber noch viel mehr leisten, damit Kinder sich zu selbstbestimmten Erwachsenen entwickeln können. Da wir diese Vielfalt darstellen wollen, werden weitere Schwerpunktthemen wie Medien- und Umweltbildung, aber auch soziale Kompetenzen erwähnt.

Durch die Verbeamtung von Lehrer*innen ist eine bessere Bezahlung gewährleistet. Dies kommt natürlich nicht allen Menschen zu Gute und kann deshalb mit Recht kritisiert werden – eine pauschale Forderung nach mehr Lohn ist aber an dieser Stelle nicht gerechtfertigt. Verbeamtete Lehrer*innen, die in ländlichen Regionen unterrichten, bekommen zusätzlich bald einen Bonus von 1000€ und werden damit auch im deutschlandweiten Vergleich sehr gut bezahlt. Auch eine Forderung nach der „Digitalisierung der Bildungslandschaft“ erscheint uns nicht sinnvoll, da das eher nach „Tablets und Laptops“ in die Schulen klingt als nach einer wirklichen Veränderung der Art des Unterrichtens. Eine derartige Digitalisierung bringt aber nichts, wenn die Lehrer*innen keine Kompetenzen haben, auch mit diesen Werkzeugen umzugehen. Ein Ersatz der grünen Tafel durch ein Smartboard bringt nichts, wenn sich am eigentlichen Unterrichtsstil nichts ändert.

Förderunterricht und Inklusionsstunden finden an sächsischen Schulen nicht deshalb nicht statt, weil es keine Gemeinschaftsschulen gibt, sondern weil nicht genügend Lehrer*innen da sind, um diese zusätzlichen Stunden, die im Normalbetrieb von Schule eingeplant sind, durchzuführen. Aus diesem Grund haben wir die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule in einen anderen Zusammenhang gestellt, der als Argument genauso stichhaltig ist.

Da gerade wir als Grüne Jugend eine Vision von einer besseren Zukunft haben, wollten wir nicht unerwähnt lassen, dass es an diesem Schulsystem auch ohne Lehrer*innenmangel viele Verbesserungsmöglichkeiten gäbe. (Bildungsgerechtigkeit etc.).

Ein Landesschüler*innenticket können wir fordern, die Verantwortung dafür liegt auf

kommunaler Ebene (kommunale Schüler*innenbeförderungssatzungen) und damit auf politischer Seite. Semestertickets fallen nach §24 Abs. 6 SächsHsFG unter die Aufgabe der Studierendenschaften. Der Freistaat ist dafür nicht zuständig.

Da die Universitäten z.T. im Rahmen des Hochschulpakts eine Absenkung der Studierendenzahlen vereinbart haben (z.B. an der TU Dresden von 35.000 auf 30.000 Studierende), würde die Forderung nach mehr Geld pro Studierender*in nicht automatisch zu mehr verfügbarem Geld führen. Hinzu kommt, dass der Freistaat nicht steuern kann, wie viel Geld in welchen Fachbereich an der Universität fließt.

Der Wohnungsmarkt ist auch für Studierende in zunehmendem Maße angespannt, dem sollten wir durch die Erwähnung Rechnung tragen.

Unterstützer*innen

Henriette Mehn (Dresden KV)

Ä1 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Redaktionelle Änderung

Rechtschreibung

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 45:

Grundsicherung - Weg von ~~Harz 4~~Hartz IV und Sanktionen

Von Zeile 52 bis 53:

- Die Abschaffung der ~~Harztz~~Hartz IV Sanktionen

- Die Anhebung der ~~Harztz~~Hartz IV Sätze

Ä2 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Margarete Rödel

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 3 bis 5:

Pension und nur ein Fünftel ist arbeitslos. Beispiele für die aktuelle Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland, laut dem Armutsbericht 2018 ~~der Paritätischer~~ des Paritätischen Gesamtverbandes.

Ä3 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Margarete Rödel

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 172 bis 175 löschen:

mindestens 5 Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in Armut. Es ist wahrscheinlich, dass die Dunkelziffer noch höher liegt. ~~In Sachsen sind besonders in Leipzig und Dresden viele Kinder von Armut betroffen.~~ Das sind beschämende Verhältnisse für ein so reiches Land.

Begründung

bisher nur Behauptung ohne Nachweiß

Ä4 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Margarete Rödel

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 51:

~~Die~~Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen ~~fordern~~:

In Zeile 101:

~~Daher fordern die~~Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

In Zeile 120:

~~Die~~Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen ~~fordern~~:

In Zeile 156:

~~Deshalb fordert die~~Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

In Zeile 207:

~~Daher fordern wir~~Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

Begründung

Formulierungen in allen Abschnitten angleichen

Ä5 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Margarete Rödel

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 10 bis 11:

~~Armut beeinträchtigt und benachteiligt Menschen im Hinblick auf Wohnen, Gesundheit, Bildungschancen, Teilhabe und Lebensfreude.~~

Armut beeinträchtigt und benachteiligt Menschen in allen Lebenssituationen.

Ä6 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Henriette Mehn (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 137 bis 140:

~~Das hat vor allem den Grund, dass Schüler*innen von einer finanziellen Unterstützung der Eltern in Form von Nachhilfe oder außerschulischen Bildungsmöglichkeiten mit Hochschulabschluss können ihren Kindern auch eher außerschulische Bildungsangebote wie einer musikalischen Ausbildung profitieren. B. Musikunterricht finanzieren.~~ Der Staat hat die Aufgabe solche Angebote auch für sozial Benachteiligte bereitzustellen.

Von Zeile 146 bis 148:

Nachhilfeunterricht, Klassenfahrten oder Ausflüge aus. Oft ist soziale Ausgrenzung die Folge.
~~{Leerzeichen}~~

Um für mehr sozialen Zusammenhalt zu sorgen, halten wir die Einführung von Gemeinschaftsschulen für unabdingbar.
Sie können einen wesentlichen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit leisten und ermöglichen einen entwicklungs-offenen Bildungsgang ohne Brüche.

Eine Trennung nach der 4. Klasse abhängig von den ~~[Zeilenumbruch]~~ schulischen Leistungen halten wir daher für nicht sinnvoll. Außerdem können durch Gemeinschaftsschulen Schulschließungen im ländlichen Raum verhindert werden.

Von Zeile 154 bis 155:

Antwort geben können. Eine Förderung dieser, damit sie eine selbstbestimmte Entscheidung eines Hochschulstudiums treffen können, ist hier ~~N~~otwendig

Von Zeile 158 bis 164:

~~- Der Schulbesuch, Lehr- und Lernmittel und Teilnahme an allen schulischen Aktivitäten wie Klassenfahrten und Ausflüge müssen kostenlos sein~~

- kostenlosen Schulbesuch, kostenlose Lehr- und Lernmittel und kostenlose Teilnahme an allen schulischen Aktivitäten

- Die Erhöhung der sozialen Leistungen ~~und Angebote~~ für soziale Aktivitäten und außerschulische Bildungsmöglichkeiten

- Schulen und Kindertageseinrichtungen, ~~die in sozial belasteten Stadtvierteln liegen~~, brauchen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung, um durch umfassende Förderung sowie kleinere Klassen und Gruppen die Chancengleichheit

Begründung

zu 1.) Die Kausalität, die hier aufgemacht wurde, ergibt an der Stelle keinen Sinn.

zu 2.) Unserem Eindruck nach wurden hier die Begriffe Ganztags- und Gemeinschaftsschule verwechselt. Da die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule grundsätzlich aber sehr wichtig ist, haben wir einen neuen Absatz zum Thema eingefügt.

zu 3.) quasi redaktionelle Änderungen

Unterstützer*innen

Konrad Dierks (Dresden KV); Alic Nils Kröber (Dresden KV)

Ä7 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Alic Nils Kröber

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 56 bis 59:

Bei der Armut und sozialer Ausgrenzung von Menschen geht es auch schnell um die Existenzgrundlage Wohnen. Viele Menschen stehen vor dem Problem ~~nicht mehr~~, an einem Ort zu wohnen, welchen an dem sie benötigen sich nicht wohl fühlen - oder bevorzugen sie haben gar kein Zuhause. Das aktuelle Versagen bei der Wohnungspolitik trifft als erstes ~~die sozial Schwachen~~ wirtschaftlich Benachteiligte.

Von Zeile 63 bis 66:

Großstädte wie Dresden und Leipzig kämpfen mit steigenden Mieten und zu wenig bezahlbarem Wohnraum. Im ländlichen Raum werden hingegen Buslinien abbestelt oder ~~Jugendclubs geschlossen~~, was bedingt jugendkulturelle Zentren geschlossen. Dies sind einige Gründe, welche dazu führen, dass immer Menschen vom Land in die Stadt ziehen.

Von Zeile 68 bis 76:

dass alteingesessene und einkommensschwache Menschen verdrängt werden. Dies geschieht unter anderem durch Zweckentfremdung des Wohnraumes z.B.: für Ferienwohnungen, aber auch aufgrund spekulativen Leerstandes oder der übermäßigen Erhöhung der Mieten. ~~Dies~~ Damit muss ~~ein Ende haben~~ Schluss sein. Weiterhin ist das Angebot an Sozialwohnungen ~~katastrophal mangelhaft~~. Nicht nur, dass es zu wenige Wohnungen mit Belegungsbindung gibt, die Belegungsbindung gilt in der Regel nur 10 Jahre.

Die Barrierearmut muss essentieller Bestandteil der Stadtplanung sein. Dabei sind ~~Teilhabe berechnigte~~ unbedingt Menschen mit in die Planung einzubeziehen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Wir brauchen Städte, die flexibel für alle Bewohner*innen sind und eine Teilhabe für

Von Zeile 79 bis 81 einfügen:

keine abgehängten Stadtteile mit schlechterer ärztlicher Versorgung und Schulen mit geringerer Bildungsqualität geben. Eine Möglichkeit dies umzusetzen ist die Förderung von alternativen Wohnformen. Diese können Mehrfamilienhäuser mit

In Zeile 87:

- ~~E~~ einen echten Mietspiegel, in dem auch Bestandsmieten verzeichnet sind

Von Zeile 90 bis 98:

- ~~Teilhabe berechnigte Menschen~~ Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, in Stadt einbeziehen

- ~~E~~ eine Förderung von diversen und alternativen Wohnformen (z.B. ~~Housing-First~~ Mehrgenerationenhäuser)

~~Auf der anderen Seite steht der ländliche Raum. Wobei ländlicher Raum nicht gleich ländlicher Raum ist. Auch "auf dem Land" gibt es unterschiedliche soziale Probleme. Viele Dörfer stehen vor dem Problem der Überalterung. Viele Junge Menschen zieht es in größere Orte oder Großstädte.~~

Auf der anderen Seite steht der ländliche Raum. Ein drängendes Problem dabei ist die Überalterung.

Viele Dörfer haben wenig bis keinen ÖPNV. Auch sind die Fahrzeuge oft nicht auf Menschen, welche auf Barrierefreiheit angewiesen sind, vorbereitet, ~~die~~. Die einzige Alternative ist hier meist das klimaschädliche Auto. Menschen, die sich dies

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Konrad Dierks (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV)

Ä8 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 154 bis 155 einfügen:

Antwort geben können. Eine Förderung dieser, damit sie eine selbstbestimmte Entscheidung eines Hochschulstudiums treffen können, ist hier Notwendig.

Die geringe Einkommensgrenze bei der Berechtigung zum Erhalt des BaföGs kann Familien, die diese knapp überschreiten, in finanzielle Schieflagen bringen. Außerdem sind viele junge Menschen finanziell von ihren Eltern abhängig und daher oft auch in ihrer Freiheit, das Studium zu wählen, eingeschränkt.

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:

- Förderung von Nicht-Akademiker*innen Kinder an den Schulen zu Fragen zum Studium und Bafög

- sichere finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, die unabhängig vom Einkommen der Eltern sind (z.B. zinsfreies Darlehen)

Begründung

passt vielleicht nicht zu 100% in einen Antrag zu Armut, aber thematisch zum Bildungsabschnitt und dann hätten wir einen beschluss zu "elternunabhängigem Bafög".

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV)

Ä9 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Lucie Hammecke (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 20 bis 22:

~~Die Hauptgründe der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit liegen für die GRÜNE JUGEND Sachsen in den Folgen des aktuellen Wirtschaftssystems. Die Ursachen dieser Armut lassen sich unter anderem auf das heutige Wirtschaftssystem zurückführen.~~ In einer kapitalistischen Gesellschaft gibt es nur Gewinner*innen, wenn andere Menschen

Von Zeile 24 bis 30:

~~Die GRÜNE JUGEND setzt sich längerfristig für ein neues soziales und faires Wirtschaftssystem ein, in dem jeder Mensch und die Umwelt ausreichend geschützt und gefordert wird. Reichtum, (soziale) Herkunft, Leistung und Ausbeutung dürfen nicht unser Zusammenleben bestimmen.~~

~~Da sich das kapitalistische System nur längerfristig ändern lässt, müssen vorerst Lösungsvorschläge ausreichen, die kurzfristig die Armut mit ihren Folgen für Menschen eindämmen.~~

Längerfristig wollen wir als GRÜNE JUGEND Sachsen ein neues, ein soziales und ein umweltgerechtes Wirtschaftssystem. Doch der Kapitalismus lässt sich nicht von heute auf gleich überwinden. Aber Menschen, die in Armut leben, brauchen bereits heute konkrete Hilfen.

Begründung

Kapitalismuskritik als Merkmal der GRÜNEN JUGEND weiterhin erhalten, aber sprachlich präzisiert (hoffen wir).

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV); Konrad Dierks (Dresden KV)

Ä10 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 45:

~~Grundsicherung – Weg von Harz 4 und Sanktionen~~

Hin zu einer wirklichen Grundsicherung: Hartz IV abschaffen

Von Zeile 47 bis 54:

Lebensunterhalt nicht finanzieren können, muss ein Sozialstaat diese Personen ausreichende unterstützen. Es muss eine gesicherte Grundsicherung geben, welche nicht ~~sanktioniert~~ durch Sanktionen eingekürzt werden kann. Der Staat muss die Menschen vor Existenzängsten schützen und es ihnen erleichtern, aus einer prekären Situation hinauszukommen.

~~Die~~ Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern:

- ~~Die~~ kurzfristig: die Abschaffung der ~~Harz IV Sanktionen~~ Hartz-IV-Sanktionen und die Anhebung der Hartz-IV-Sätze

~~–Die Anhebung der Harz IV Sätze~~

~~–Ein bedingungsloses Grundeinkommen~~

- mittelfristig: die Abschaffung von Hartz IV

- die Ausarbeitung von Modellen eines bedingungslosen Grundeinkommens

Begründung

Hartz IV abschaffen ist eine klarere Forderung, es gibt nicht "das" bedingungslose Grundeinkommen

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV)

Ä11 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Lucie Hammecke (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 13 bis 19:

interministerielle Arbeitsgruppe eine sächsische Präventionsstrategie erarbeiten, ~~welche Maßnahmen zum Abfedern der~~um Folgen bestehender Armut ~~sowie zur Minimierung von Armutsrisiken, insbesondere bei Kindern~~abzumindern und ~~Älteren, entwickelt~~Armutsrisiken zu minimieren. Das sächsische Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz lässt damit bis 20189 noch auf sich warten. Bisher sind keine Informationen zu einer Präventionsstrategie bereitgestellt. Ein Handlungswille bei der Bekämpfung von ~~sozialer~~Armut ist nicht zu erkennen. Dies ist in einem Bundesland, in dem jede*r Sechste von Armut betroffen ist, nicht länger hinzunehmen.

Begründung

Kürzer und prägnanter damit. Das jede*r Sechste ist aus dem oberen Teil der Präambel übernommen.

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV); Konrad Dierks (Dresden KV)

Ä12 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 32 bis 36:

~~Ob ein Mensch in Armut lebt, hängt in den vielen Fällen mit dem Geld zusammen, welches für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Die meisten Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit. Doch wie die aktuellen Zahlen zeigen, schützt eine Arbeitsstelle nicht vor Armut. Mittlerweile sind 1/3 der in Armut lebenden Menschen erwerbstätig.~~

Wer arm ist, hat zu wenig Geld - und selbst wer erwerbstätig ist, ist vor Armut nicht geschützt. Aktuellen Zahlen zufolge sind ein Drittel der von Armut betroffenen Menschen erwerbstätig. Arbeit muss mehr wert sein und darf nicht nur ein Existenzminimum darstellen.

Von Zeile 38 bis 44:

~~-Arbeit muss mehr wert sein und darf kein Existenzminimum sein~~

- einen Mindestlohn von 14 Euro, ~~welcher für Rente, Kinder und Leben ausreicht~~

- ~~Für gleiche Arbeit muss es den gleichen Lohn geben~~ für gleiche Arbeit, unabhängig von ~~Ort~~ Lebensort, Geschlecht und Abschluss

~~-Gewinne müssen sozial umverteilt werden. Jede*r Beschäftigte muss von dem Gewinn eines Unternehmens profitieren.~~

- dass jede*r Beschäftigte von den Gewinnen seines*ihres Unternehmens profitiert

- ~~Prekäre Beschäftigung~~ sachgrundlose Befristung zu verbieten und sichere Arbeitsstellen zu schaffen

- Arbeitgeber*innen die Möglichkeiten zum Lohndumping zu nehmen (z.B. Auslagerung an Subunternehmen erschweren)

Begründung

präzisere Formulierung,

konkretere Forderungen zu prekärer Beschäftigung (bzw. jetzt Lohndumping und sachgrundlose Befristung),

"Arbeit muss mehr wert sein" ist keine konkrete Forderung, daher nach oben verschoben

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV)

Ä13 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Lucie Hammecke (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 1 bis 9:

~~Jedes fünfte Kind lebt in Armut, ein Drittel der erwachsenen Armen in Deutschland ist erwerbstätig, jede*r vierte arme Erwachsene ist in Rente oder Pension und nur ein Fünftel ist arbeitslos. Beispiele für die aktuelle Bestandsaufnahme der Armut in Deutschland, laut dem Armutsbericht 2018 der Paritätischer.~~

~~In Sachsen sind etwa 15 bis 19 Prozent (mindestens jede*r Sechste) der Einwohner*innen von Armut bedroht. Das geht aus Zahlen des Statistischen Landesamtes hervor. Über diese Zahlen kann auch die scheinbar sinkende Arbeitslosenzahl nicht hinwegtäuschen.~~

Trotz sinkender Arbeitslosigkeit sind in Sachsen etwa 15 bis 19 Prozent der Einwohner*innen von Armut bedroht. Das geht aus Zahlen des Statistischen Landesamtes hervor.

Unterstützer*innen

Alic Nils Kröber (Dresden KV); Henriette Mehn (Dresden KV); Konrad Dierks (Dresden KV)

Ä14 Armut und soziale Ausgrenzung in Sachsen und Deutschland

Antragsteller*in: Margarete Rödel

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 129 bis 130:

~~"Bildung ist~~Wir sind davon überzeugt, dassBildung der Schlüssel zur individuellen Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaftist."

Ä1 LTW S-1 Gemeinschaftskundeunterricht

Antragsteller*in: Georg Herrmann

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Funktion des politischen und wirtschaftlichen Systems in Deutschland und Europa, muss Schule auch weiterhin Raum bieten, die eigene politische Meinung entwickeln zu können.“

Ä1 LTW M-4 Zivilklausel

Antragsteller*in: Markus Scholz (Mittelsachsen KV)

Redaktionelle Änderung

"Dazu gehört, dass sie ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke forschen. Wir fordern deshalb die Verankerung einer Zivilklausel im Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz nach dem Vorbild anderer Bundesländer, in der festgeschrieben wird, dass alle sächsischen wissenschaftlichen Einrichtungen ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke forschen. Drittmittelkooperationen mit Einrichtungen der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie werden damit ausgeschlossen."

Begründung

nur noch = ausschließlich

Ä1 N-2 Investitionsförderung

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A13

Von Zeile 2 bis 3:

~~"Investitionsförderung für Stallneubauten soll es nur bei überdurchschnittlichen Tierhaltungsbedingungen geben."~~

"Es soll keine Investitionsförderung für Stallneubauten geben."

Ä2 N-2 Investitionsförderung

Antragsteller*in: Carl

Änderungsantrag zu A13

Von Zeile 2 bis 3:

"Investitionsförderung für Stallneubauten soll es nur bei **überdurchschnittlichen** Tierhaltungsbedingungen nach Standards des ökologischen Landbaus geben."

Ä3 N-2 Investitionsförderung

Antragsteller*in: Georg Herrmann

Änderungsantrag zu A13

Von Zeile 2 bis 3:

"Investitionsförderung für Stallneubauten soll es nur bei **überdurchschnittlichen** Tierhaltungsbedingungen nach Demeter-Richtlinien geben."

Ä1 Mobilität für Schüler

Antragsteller*in: Konrad Dierks (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A25

Von Zeile 9 bis 11 löschen:

Streichen:

~~Darüber hinaus wollen wir perspektivisch für alle Sächs*innen ein 365-Euro-Jahresticket.~~

Begründung

Das 365-Euro-Jahresticket bezieht sich auf alle Sächs*innen und nicht auf nur auf Schüler*innen und Auszubildende.

Ä2 Mobilität für Schüler

Antragsteller*in: Carl

Änderungsantrag zu A25

In Zeile 3 einfügen:

Wir wollen unseren Schüler*innen, Freiwilligen sowie den Auszubildenden in Sachsen

Ä1 ÄÄ LTW M-1 Asylpolitik

Antragsteller*in: Georg Herrmann

Änderungsantrag zu A33

Von Zeile 3 bis 5:

Wir stehen für eine menschliche Asylpolitik. Geflüchtete brauchen unsere Solidarität und unseren Schutz. Sie ~~haben~~sollten keine Rechte zweiter Klasse haben. Darum wollen wir die so genannte „Abschiebehaft“ abschaffen, in der Menschen

Ä2 ÄÄ LTW M-1 Asylpolitik

Antragsteller*in: Lucie Hammecke (Dresden KV)

Änderungsantrag zu A33

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

Menschen fliehen nicht freiwillig: sie müssen fliehen, weil sie in Krieg leben, diskriminiert oder verfolgt werden. Auch in vermeintlich "sicheren" Herkunftsstaaten droht verschiedenen Gruppen die Verfolgung, weshalb wir das Konzept der "sicheren Herkunftsstaaten" ablehnen und keiner Deklaration der Länder als sicher zustimmen werden. Darum werden wir keinen vermeintlich „sicheren“ Herkunftsstaaten zustimmen, denn auch dort droht verschiedenen

Ä3 ÄÄ LTW M-1 Asylpolitik

Antragsteller*in: Georg Herrmann

Änderungsantrag zu A33

Von Zeile 3 bis 5:

Wir stehen für eine menschliche Asylpolitik. Geflüchtete brauchen unsere Solidarität und unseren Schutz. Sie ~~haben~~dürfen keine Rechte zweiter Klasse haben. Darum wollen wir die so genannte „Abschiebehaft“ abschaffen, in der Menschen

Ä1 ÄÄ LTW M-1 Wahlalter

Antragsteller*in: Charlotte Blücher (Mittelsachsen KV)

Änderungsantrag zu A45

In Zeile 8 löschen:

~~und unter 14 eine Überprüfung~~

Begründung

Es ist es schwer, Kriterien zu bestimmen, die zu einer Teilnahme an Wahlen befähigen sollen. Noch schwerer ist es, die Kriterien abzufragen. Wie soll bestimmt werden, ob Menschen in der Lage sind, sich eine politische Meinung zu bilden? Wird es dadurch zu einer Klassenfrage, unter 14 Wählen zu können, weil in bessergestellten Schichten geforderte Kompetenzen, eher beigebracht werden? Und warum werden diese bei Menschen unter 14 abgefragt, bei über 14-jährigen aber nicht mehr?

Die geforderte Prüfung wirft viel mehr Fragen auf, als dass sie unserem eigentlichen Ziel, dem Recht auf Beteiligung von jungen Menschen, dienlich ist.

Außerdem ist das Bestehen eines Tests um an Wahlen teilzunehmen ist geschichtlich negativ konnektiert. So wurden z.B. Schwarze Menschen in den USA an Wahlen ausgeschlossen, sofern sie bestimmtes Wissen nicht hatten. Auch in Deutschland dürfen Menschen, weil sie gesetzliche Betreuer*innen in allen Angelegenheiten haben, nicht wählen und werden deshalb, weil ihnen bestimmte Kompetenzen abgesprochen werden, von Wahlen ausgeschlossen.

Ä1 ÄÄ LTW M Präambel

Antragsteller*in: Markus Scholz (Mittelsachsen KV)

Redaktionelle Änderung

Herkunft

Ä2 ÄÄ LTW M Präambel

Antragsteller*in: Heinrich Rödel

Änderungsantrag zu A47

In Zeile 6:

~~Ob~~ Unabhängig von Geschlecht, Alter, Aussehen, Herkunft, sexueller Orientierung ob mit oder ohne Behinderung, ~~oder herkunft~~